

WIR im Lahn-Dill-Kreis

Migration - Integration - Vielfalt

Newsletter 47/2024

Inhalt

- ❖ Aus der Region
Seite 2-4
- ❖ Vielfalt in Politik und Gesellschaft
Seite 5-6
- ❖ Flucht und Asyl
Seite 7-10
- ❖ Arbeit und Bildung
Seite 10-12
- ❖ Desintegration
Seite 13
- ❖ Migration weltweit
Seite 14
- ❖ Kultur
Seite 15-17
- ❖ Persönlichkeiten
Seite 17-18
- ❖ Impressum
Seite 19



1

Liebe Leserinnen und Leser,

Migration ist eines der drängendsten Themen unserer Zeit. Oft dominieren Zahlen, Grenzfragen und politische Kontroversen die Debatte, während die zentrale Frage verdrängt wird: Warum verlassen Millionen ihre Heimat? Die Antwort ist offensichtlich: wir haben ein globales Gewaltproblem. Angriffskriege, Gewaltkonflikte, Bürgerkriege und staatliche Repression haben die weltweiten Flüchtlingszahlen von 51 Millionen (2013) auf über 117 Millionen (2023) steigen lassen. Länder wie Syrien, Afghanistan oder die Demokratische Republik Kongo stehen exemplarisch für Gewalt und Instabilität, die Menschen in die Flucht treiben – oft verstärkt durch Armut, ökologische Krisen und politische Unsicherheit.

Europa überschätzt dabei seine Rolle: Während hier oft von „Pull-Faktoren“ wie Sozialleistungen gesprochen wird, zeigt der globale Blick, dass die meisten Geflüchteten Zuflucht in Nachbarländern des Globalen Südens suchen – nicht in Europa. Für eine ehrliche Debatte müssen wir die Ursachen von Flucht anerkennen. Gewalt – in Form von Kriegen, Terror oder Unterdrückung – ist der Hauptantrieb globaler Fluchtbewegungen. Doch die Konflikte sind komplex, mit vielen Akteuren und widersprüchlichen Interessen, die Friedenslösungen erschweren.

Langfristige, internationale Zusammenarbeit ist unerlässlich, so unbequem und kostspielig sie auch sein mag. Die EU muss ihrer Rolle als Friedensprojekt gerecht werden und die Wurzeln der Krisen ernst nehmen. Eine völlig gewaltfreie Welt ist wohl unrealistisch. Aber wir können uns gemeinsam in dem Umfeld, in dem wir leben darum kümmern, dass es weniger Gewalt gibt: Wenn wir uns für Fairness und Gerechtigkeit einsetzen. Wenn wir rücksichtsvoll miteinander umgehen, andere in ihrer Art anerkennen, und Respekt voreinander haben. Wir müssen also lernen, dass Gewaltfreiheit die wichtigste Voraussetzung für das Zusammenleben ist. Hierzu gehört aber auch, Gewalt nicht zu dulden. Gewalttätiges Verhalten darf nicht belohnt werden und darf auch nicht zu Erfolg führen.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre. Bleiben Sie optimistisch!

Norbert Wenzel, [Vielfaltszentrum „WIR“ im Lahn-Dill-Kreis](#)

Nachruf: Dr. Mustapha Ouertani

„Ich habe Deutschland nie gesehen. Ich bin blind.“

Dr. Mustapha Ouertani kam mit 17 Jahren nach Marburg, um dort ein Internat für Blinde zu besuchen. Er war als Sechsjähriger erblindet und in seinem Geburtsland Tunesien gab es keine Gymnasien für Blinde. Er holte sein Abitur nach, studierte Soziologie und Volkswirtschaft und promovierte. Ouertani gründete 2010 den Verein Atrium e.V., der unter anderem daran arbeitet, ein Begegnungszentrum mit inklusiven Lern- und Freizeitangeboten für den interkulturellen Dialog in Tunesien aufzubauen. Selbstbestimmung, Selbstständigkeit und Selbstbewusstsein waren ihm wichtige Werte. Für diese setzte er sich nicht nur im Atrium e.V. ein, sondern auch in anderen Bereichen, wie z.B. durch sein langjähriges Engagement in der Ausländerbeiratsarbeit auf Regional- und Hessenebene, im interkulturellen Rat der Stadt Wetzlar, als Mitglied des Seniorenrats der Stadt Wetzlar oder auch im Arbeitskreis Migration und Integration im LDK. Lesenswert ist ein [Interview](#) mit Adinet-Mittelhessen und sehenswert ein Beitrag auf [Youtube](#). Am 07.10.2024 ist Mustapha Oertani im Alter von 79 Jahren verstorben.

Zustimmung für Alte Rheinstraße

Ankunftszentrum soll nach Dillenburg ziehen

Seit knapp zwei Jahren lautet die erste Adresse für Menschen, die aus der Hessischen Erstaufnahmeeinrichtung in Gießen dem LDK zugewiesen werden „Heisterberger Weiher“. Hier hatte der LDK sein Ankunftszentrum eingerichtet, von dem aus Flüchtlinge sukzessive auf das Kreisgebiet verteilt wurden. In den kommenden Monaten soll das Jugendfreizeitheim Heisterberg im hohen Westerwald wieder seiner eigentlichen Bestimmung zugeführt werden. Als künftigen Standort des Ankunftszentrums wurde die Container-Wohnanlage in der Alten Rheinstraße in Dillenburg ins Auge gefasst. Diese würde dann kombiniert genutzt als Ankunftszentrum und als kreiseigene Unterkunft. Ankunftszentrum und Unterkunft sollen dauerhaft mit einem Sicherheitsdienst ausgestattet werden, die Betreuung der Menschen dort würde weiterhin durch das Deutsche Rote Kreuz (DRK) erfolgen.

Statt Bargeld

Land Hessen will Bezahlkarte für Flüchtlinge ausgeben

Hessen will noch in diesem Jahr mit der Ausgabe der länderübergreifend beschlossenen [Bezahlkarte für Flüchtlinge](#) beginnen. Sozialministerin Heike Hofmann (SPD) kündigte an, die ersten Bezahlkarten könnten voraussichtlich im Dezember an Geflüchtete ausgegeben werden. Zunächst würden die Karten in der Erstaufnahmeeinrichtung in Gießen an neu einreisende Leistungsberechtigte ausgegeben. Die Kosten für die Einführung der Bezahlkarten übernimmt nach Angaben des Sozialministeriums die Landesregierung. Die Karte soll unter anderem Geldzahlungen an Schleuser oder Familien in den Heimatländern verhindern, Kommunen bei der Verwaltung entlasten und den Anreiz für illegale Migration senken.

2

Vermächtnis: Tuğçe Albayrak

Wie eine Stiftung Zivilcourage an Schulen stärkt

Vor zehn Jahren erschütterte der gewaltsame Tod der [Lehramtsstudentin Tuğçe Albayrak](#) Hessen und Deutschland. Heute versucht eine Stiftung ihr Andenken aufrechtzuerhalten, indem sie Schülerinnen und Schülern beibringt, Konflikte gewaltfrei zu lösen. An Tuğçe Albayrak erinnert ein Denkmal an der Justus-Liebig-Universität in Gießen, wo sie studierte. In Frankfurt will derweil eine Stiftung mehr als nur ihr Andenken bewahren. Der Verein „Tuğçe Albayrak e.V.“ ist vor allem an Schulen aktiv. Mit Theaterworkshops versuchen seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Jugendlichen zu vermitteln, wie man Konfliktsituationen gewaltfrei löst.

Einbürgerung

36.000 Anträge in Hessen und lange Wartezeiten

In den hessischen Regierungspräsidien haben sich rund [36.000 Einbürgerungsanträge](#) angesammelt. Die Wartezeit für die Anträge geht in die Jahre. Auch Innenminister Poseck hält das für "nicht zufriedenstellend" und macht die Bundespolitik für die Situation verantwortlich. Die Wartezeiten resultieren zum einen daraus, dass Antragsteller zunächst an ihrem Wohnort auf einen Termin zur Abgabe ihrer Dokumente warten müssen. Hinzu kommt die Wartezeit, bis das zuständige Regierungspräsidium (RP) mit der Prüfung der Dokumente beginnt. Vor allem in den vergangenen Monaten haben sich die Wartezeiten erhöht. Der Grund dafür ist ein starker Anstieg der Einbürgerungsanträge – bedingt dadurch, dass viele Drittstaatsangehörige, die nach 2015 nach Deutschland gekommen sind, inzwischen die Voraussetzungen für die Einbürgerung erfüllen. Zudem hat die Reform des Staatsbürgerschaftsrechts, die Ende Juni in Kraft trat, die Zahl der Anträge weiter steigen lassen.

Rainbow Refugees vor dem Aus?

Hessen will Fördergelder komplett streichen

Das [Beratungsnetzwerk Rainbow Refugee Support](#) der Aids-Hilfe Hessen unterstützt nach eigenen Angaben seit 2015 hessenweit lesbische, schwule, bi- bzw. pan-, trans*, inter und queere Menschen (LSBT*IQ), die aufgrund der Verfolgung ihrer sexuellen Orientierung und/oder geschlechtlichen Identität im Herkunftsland nach Deutschland geflohen sind. Das Projekt hat mittlerweile Standorte in Frankfurt, Gießen, Marburg, Wiesbaden, Darmstadt und Kassel. Im vergangenen Jahr nahmen 379 Personen das Angebot in Anspruch, die Nachfrage sei stetig steigend. Seit 2017 wird das Projekt durch das Land gefördert. Nach Angaben der Aids-Hilfe Hessen will das Land die finanzielle Förderung aus Spargründen bereits zum 1. Januar 2025 komplett streichen – eine endgültige Entscheidung sei aber noch nicht getroffen. Zur Beratung von queeren Flüchtlingen sind [Handlungsempfehlungen im Kontext sexuelle und geschlechtliche Vielfalt und Flucht](#) neu erschienen.

Hessisches Ministerium für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales

“Gegen Antisemitismus und Rassismus: klare Haltung, starke Stimme“

Rassistische Witze im Kollegen-, Freundes- oder Bekanntenkreis, Chatgruppen, in denen menschenverachtende Inhalte gepostet werden, Verschwörungserzählungen am Mittagstisch — gesellschaftliche Entwicklungen spiegeln sich in allen Lebensbereichen wider und führen zu Konflikten. Die Gründe für diese Entwicklungen sind so vielfältig wie komplex: Pandemie, Kriege, Klimakrise und Inflation, aber auch der zunehmende Rechtspopulismus bestimmen den gesellschaftlichen Diskurs, verunsichern und beunruhigen viele Menschen. [Eine neue Broschüre](#) soll Leserinnen und Leser für Rassismus und Antisemitismus sensibilisieren und sie ermutigen, sich mit schwierigen Themen und Situationen auseinanderzusetzen. Dabei geht es nicht nur um Definitionen und Funktionsweisen von Rassismus und Antisemitismus, sondern auch um deren Auswirkungen — sowohl auf das gesellschaftliche Miteinander als auch auf die Psyche der Betroffenen.

Zahlen, Daten, Fakten

Hessischer Integrationsmonitor 2024

Von den 6,4 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern Hessens haben 38 % aller Menschen einen Migrationshintergrund. Die Hälfte der 2,4 Millionen Menschen besitzt die deutsche Staatsangehörigkeit. Zwei Drittel sind selbst zugewandert, ein Drittel ist hier geboren. Personen mit Migrationshintergrund sind im Schnitt deutlich jünger als die Gesamtbevölkerung. Personen mit Migrationshintergrund leben häufiger in einer Familie mit Kindern und seltener allein oder in Paargemeinschaften ohne Kinder. Diese und noch viel mehr spannenden Zahlen, Daten und Fakten zu Migration, Integration und Teilhabe finden Sie im neuen [Hessischen Integrationsmonitor](#).

Mehr Räume für den Austausch schaffen

Hessischer Rundfunk: Wenn 39 Fremde über große Themen sprechen

Politisch diskutieren, seine Meinung offen sagen – nicht jeder traut sich das heute. Populismus und hitzige Debatten sorgen auch bei Menschen in Hessen für Verunsicherung. Dabei seien kontroverse Dialoge wichtig für die Demokratie und den Zusammenhalt, sagt die Frankfurter [Soziologin Daniela Brunow](#). Der Hessische Rundfunk brachte im Oktober 39 Menschen aus Hessen zwei Tage lang in einem Studio zusammen. Sie sollten einen möglichst repräsentativen Querschnitt der hessischen Gesellschaft abbilden. Der Auftrag: Sie sollten über Heimat, Ängste, Medien und Meinungsfreiheit diskutieren. Ob das Experiment geglückt ist, lesen Sie [hier](#).

Würdigung einer Erfolgsgeschichte

Zuversicht aus Ostdeutschland schöpfen

Der 35. Jahrestag des Mauerfalls ist eine Erfolgsgeschichte, die gefeiert werden sollte – so sieht es [Marcel Fratzscher](#), Präsident vom wirtschaftsnahen Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin). Ostdeutschland habe seit 1989 eine beispiellose Transformation durchlebt. Trotz wirtschaftlicher Unterschiede – das Einkommen liegt bei 80 % des Westens – sind die regionalen Unterschiede in Deutschland kleiner als in vielen anderen Industrieländern. Städte wie Leipzig und Dresden zeigten, wie Fortschritt gelingt, auch wenn ländliche Regionen weiter Herausforderungen meistern müssen. Millionen Ostdeutsche haben sich neu erfunden, und die Arbeitslosigkeit ist heute auf einem Rekordtief. Trotzdem klaffen Wahrnehmung und Fakten oft auseinander. Wertschätzung für die Lebensleistung Ostdeutscher ist essenziell. Statt Hass und Abschottung brauche es Stolz auf das Erreichte. Abschottung gefährde den Fortschritt, während Offenheit die Grundlage für eine erfolgreiche Zukunft bleibt. Die letzten 35 Jahre zeigen: Veränderung ist möglich. Deutschland sollte diese Stärke nutzen, um gemeinsam weiter voranzugehen.

Hans-Böckler-Stiftung

Ungleichheit in Deutschland wächst

Laut einer [Studie](#) der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung zeigt wachsende Ungleichheit in Deutschland mit drastischen Folgen: Mehr Menschen leben in Armut, die Angst vor sozialem Abstieg nimmt zu, und das Vertrauen in Institutionen sinkt. Über die Hälfte der unteren Einkommensschicht fürchtet, ihren Lebensstandard nicht halten zu können. Die Autoren warnen vor einem Teufelskreis aus Armut, Verunsicherung und politischer Resignation: Weniger als die Hälfte der Betroffenen hält die Demokratie für funktionsfähig, ein Fünftel vertraut dem Rechtssystem kaum, und viele sehen keine Möglichkeit, ihre Anliegen einzubringen. Zudem plant ein erheblicher Anteil der Geringverdiener, nicht zu wählen.

Leibniz-Institut Mannheim

Genderinklusive Sprache kann verständlich und einfach sein

Es ist ein Thema, das die Gesellschaft spaltet. Die einen sehen durch gendergerechte Formulierungen die deutsche Sprache deformiert, die anderen sehen darin die einzige Chance, präzise die wahren Geschlechterverhältnisse nachzuzeichnen. Der Streit tobt auch deshalb so wild, weil es fast kaum empirische Untersuchungen zu dem Thema gibt. Ein Forschungsteam des Leibniz-Instituts für Deutsche Sprache in Mannheim hat zu diesem Streit jetzt eine [große Studie veröffentlicht](#). Das Ergebnis: Man kann mit wenig Aufwand genderinklusive und verständlich formulieren – zumindest in Presstexten.

Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung

Mehr populistische Einstellungen bei Menschen mit Migrationsgeschichte

Eine [aktuelle Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung \(FES\)](#) untersucht die politischen Einstellungen von Menschen mit Migrationsgeschichte. Als Grundlage dienten Umfragedaten des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM). Demnach sind populistische Haltungen unter Menschen mit familiärer Migrationsgeschichte stärker vertreten als bei der Mehrheitsbevölkerung. Bei eingewanderten Personen (erste Generation) sowie Nachkommen von Eingewanderten (zweite Generation) sind die populistischen Einstellungen durchschnittlich stärker ausgeprägt als bei der nachfolgenden, dritten Generation.

Diversität

Schwarze Menschen in Deutschland

Schwarze Menschen sind ein Teil von Deutschland - die Vielfalt wird auch in der Politik sichtbarer. Dadurch wird offensichtlich, wie divers die Gesellschaft ist. Seit mehreren Jahrhunderten leben Schwarze Menschen in Deutschland. Dennoch gibt es noch immer wenig Daten über ihre Lebensrealitäten und Erfahrungen. Wie viele leben hier? Was ist ihre Geschichte? Und vor welchen Herausforderungen stehen sie? Einen Überblick gibt diese [Rubrik](#). Schwarze Menschen verwenden unterschiedliche [Selbstbezeichnungen](#). Schwarz, Afrodeutsch und Person/People of Color sind laut [Afrozensus](#) die häufigsten Begriffe. Schwarze Menschen in Deutschland werden statistisch nicht erfasst. Der [Mikrozensus](#) erfasst Menschen mit afrikanischem Migrationshintergrund in Deutschland – das sind 1,27 Millionen. Die Anzahl Schwarzer Menschen dürfte [Schätzungen](#) zufolge höher liegen. Schwarze Menschen in Deutschland besitzen nicht zwingend einen afrikanischen Migrationshintergrund. Ihre [Hintergründe](#) sind vielfältig, wie der Afrozensus 2020 zeigte: 71 Prozent der Befragten sind in Deutschland geboren.

SVR-Studie

Afghanische Zugewanderte fühlen sich zugehörig

Seit über 30 Jahren fliehen Menschen aus Afghanistan nach Deutschland. Die Zahl der Asylersuchen afghanischer Staatsbürgerinnen und Staatsbürger ist nach der Machtübernahme durch die Taliban 2021 wieder deutlich gestiegen. Für eine neue Studie befragte der [Sachverständigenrat für Integration und Migration \(SVR\)](#) afghanische Zugewanderte zu ihrer Lebenssituation. Ein Ergebnis: Der Kontakt zu noch in Afghanistan lebenden Freunde und Verwandten ist ihnen besonders wichtig. Zu Deutschen und zu in Deutschland lebenden Afghaninnen und Afghanen hat etwa die Hälfte aller Befragten eher wenig Kontakt. Wohl fühlen sie sich hierzulande dennoch: Fast 80 Prozent sagen, sie fühlten sich Deutschland zugehörig.

Unwort des Jahres 2024

„Illegale Migration“ ist Kandidat

Bis zum Jahresende können noch Vorschläge für das „[Unwort des Jahres 2024](#)“ eingereicht werden. Bis Mitte November seien bereits mehr als 2.000 Einsendungen eingegangen. Ein besonders aussichtsreicher Kandidat für das Unwort des Jahres 2024 ist demnach „illegale Migration“. Diese Bezeichnung hat sich in der Politik parteiübergreifend etabliert und wird von Medien oft unkritisch übernommen. Darunter wird im Allgemeinen die Einwanderung von Menschen verstanden, die die Grenzen ohne gültige Einreisedokumente passieren. Allerdings sind damit auch Menschen gemeint, die ihr völkerrechtlich verbrieftes Recht auf Asyl in Anspruch nehmen. Diesen Menschen stehen in der Regel keine legalen Fluchtwege offen. Mithin sind sie gezwungen, Grenzen ohne gültiges Visum zu passieren. Demnach ist ihre „Migration“ nicht illegal, sondern völkerrechtlich ausdrücklich erlaubt. Die Bezeichnung „illegale Migration“ erweckt jedoch den gegenteiligen Eindruck und kriminalisiert Menschen ohne rechtliche Grundlage.

Sozialleistungen nach unten angepasst

Weniger Geld für Asylbewerber ab Januar 2025

Asylbewerberinnen und Asylbewerber bekommen ab 01.01.2025 weniger Sozialleistungen: Alleinstehende, die nicht in einer Gemeinschaftsunterkunft leben, bekommen demnach künftig 441 Euro im Monat – bislang lag der Satz bei 460 Euro. Für Paare, die in einer gemeinsamen Wohnung leben, oder Asylbewerber in Sammelunterkünften sinkt der Betrag um 16 auf 397 Euro. Grund ist eine neue Berechnungsmethode des [Bundesarbeitsministeriums](#). Die Regelbedarfe für Sozialleistungen werden jährlich an die Entwicklung der Preise und Nettolöhne angepasst. Die neuen Sätze wurden vom Bundessozialministerium im [Gesetzblatt](#) veröffentlicht. Bürgergeld-Empfänger sind von den Kürzungen vorerst nicht betroffen (Bestandschutzregelung). Mehr Infos gibt es [hier](#).

Bis März 2026

Verlängerung des vorübergehenden Schutzes für ukrainische Flüchtlinge

Bereits im Juni 2024 haben die EU-Staaten beschlossen, die Sonderregelungen für den vorübergehenden Schutz von Ukrainerinnen und Ukrainern in der EU um ein weiteres Jahr bis März 2026 zu verlängern. Dieser Beschluss musste bislang noch in deutsches Recht umgesetzt werden. Am 22. November 2024 hat der [Bundesrat nun der Verordnung zugestimmt](#), Personen, die aufgrund des Krieges die Ukraine verlassen mussten und am 1. Februar 2025 im Besitz einer gültigen Aufenthaltserlaubnis nach § 24 Absatz 1 des AufenthG sind, diese bis zum 4. März 2026 zu verlängern. Die Aufenthaltserlaubnisse gelten automatisch fort, es muss dafür kein Antrag auf Verlängerung bei der Ausländerbehörde gestellt werden.

7

Europäisches Migrationsnetzwerk (EMN)

Politikbericht: Migration, Integration und Asyl

Der 19. Politikbericht im Rahmen des EMN bietet wie gewohnt einen Überblick über die wichtigsten politischen, rechtlichen und institutionellen Entwicklungen des Jahres 2022. Das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN) ist ein europaweites Netzwerk, das der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten objektive, verlässliche und aktuelle Migrationsdaten liefert. Themen sind zum Beispiel politische, rechtliche und institutionelle Struktur, legale Zuwanderung und Mobilität, Asyl und humanitäre Aufnahme, unbegleitete Minderjährige und andere besonders schutzbedürftige Personengruppen. Den Bericht finden Sie [hier](#).

Zahl deutlich niedriger

„Unerlaubte“ Einreisen und Asylanträge im laufenden Jahr

Die Zahl der erfassten „unerlaubten“ Einreisen nach Deutschland geht deutlich zurück. Wie die [Bundespolizei](#) mitteilte, wurden im September knapp 7.000 „unerlaubte“ Einreisen gezählt. Das war nur ein Drittel des Niveaus vom September vergangenen Jahres, als mehr als 21.000 „unerlaubte“ Einreisen gezählt wurden. „Unerlaubt“ reist eine Person nach Deutschland ein, wenn sie keinen Aufenthaltstitel hat. Erfasst sind darin auch Asylsuchende, deren Schutzbedürftigkeit und damit Anspruch auf Aufenthalt erst anschließend geprüft wird. Inzwischen wird an allen Grenzen zu den Nachbarstaaten kontrolliert. Auch die Zahl der Asylerstanträge ist laut Statistik des [Bundesamts für Migration und Flüchtlinge](#) in diesem Jahr um gut 23 Prozent zurückgegangen.

Feministische Asylpolitik

Zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Obwohl Frauen und Mädchen die [Hälfte aller Geflüchteten weltweit](#) darstellen, sind sie in der europäischen Asylpolitik und im medialen Diskurs unterrepräsentiert. Durch die Ankunft zahlreicher ukrainischer Frauen und Kinder seit dem Frühling 2022 veränderte sich das nur bedingt, ist doch das Bild des „klassischen Flüchtlings“ weiterhin vom „jungen, alleinstehenden Mann“ dominiert und [verzerrt](#). Unschwer lassen sich für Frauen und Mädchen im Krieg und auf der Flucht [geschlechtsspezifische Gefahren](#) erkennen, die ihre Vulnerabilität erhöhen. Die Autorinnen kommen in ihrem [Beitrag für das „Netzwerk Fluchtforschung“](#) zu dem Schluss: Eine feministische Umgestaltung der Asylpolitik ist nicht nur möglich, sondern bereits im Gange. Doch der Weg hin zu einer feministischen Asylpolitik, die den Namen verdient, ist noch lang.



EuGH: Afghanische Frauen

Anspruch auf Asyl allein wegen des Geschlechts?

Einige der von den in Afghanistan herrschenden Taliban verhängten diskriminierenden Maßnahmen gegen Frauen stellen nach Ansicht des Obersten Gerichts der Europäischen Union einen Akt der Verfolgung dar. Zur Prüfung eines individuellen Asylantrags afghanischer Frauen genüge es, dass EU-Mitgliedsländer lediglich ihre Staatsangehörigkeit und ihr Geschlecht berücksichtigten, teilte der [Europäische Gerichtshof \(EuGH\)](#) mit. Aus dem Bundesinnenministeriums hieß es, man habe das Urteil zur Kenntnis genommen und werde die Folgen prüfen.

EuGH: Abschiebungen

Drittland muss ausnahmslos überall sicher sein

Ein Drittstaat kann nur dann als sicherer Herkunftsstaat eingestuft werden, wenn die entsprechenden Kriterien [im gesamten Hoheitsgebiet](#) des Staates erfüllt sind. Mit diesem Urteil präzisierte der Europäische Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg die Bedingungen, unter denen ein Drittstaat als sicherer Herkunftsstaat gelten kann. Deutschland stuft unsichere Länder zunehmend in Regionen ein, von denen manche sicher seien. In diese vermeintlich sicheren Gebiete sollen Menschen, deren Asylantrag abgelehnt worden ist, abgeschoben werden. Wenn es in einem Teil des Landes bewaffnete Konflikte, Menschenrechtsverletzungen oder andere erhebliche Risiken gibt, kann der gesamte Staat nicht als „sicher“ gelten.

Ausstellung in Friedland

Das Leben in Notunterkünften

Das [Museum Friedland](#) zeigt eine eigene Dauerausstellung über provisorische Unterkünfte für Geflüchtete und Vertriebene. Im Mittelpunkt stünden die Erinnerungen von Menschen, die in einer Behelfsunterkunft wie dem vom Ingenieur Peter Norman Nissen entwickelten Wellblechrundbau „Nissenhütte“ lebten, teilte das Museum mit. Die Ausstellung „Shelter. Vom Leben im Dazwischen“ wurde Mitte November eröffnet.

DRK und Uni Halle-Wittenberg

Schulungsreihe Migrationsrecht

Das Deutsche Rote Kreuz und die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg haben eine Reihe von 13 [Schulungsvideos zum Migrationsrecht](#) erarbeitet. Zielgruppe sind Beraterinnen und Berater im Themenfeld Flucht und Migration. Die Reihe ermöglicht eine systematische Einarbeitung in das Rechtsgebiet und stellt eine ideale Ergänzung zu Seminaren und Lehrveranstaltungen dar.

Tünews – auch in der Integreat-App

Online-Portal unterstützt Flüchtlinge im Alltag

Ob Supermarkt, Wohnung oder Kita: Das [Tübinger Onlineportal](#) Tünews International will Geflüchteten Orientierungshilfen bieten. Autorenteams aus Deutschen und Migranten erarbeiten mehrsprachige Artikel für praktische Lebenshilfe. Der Erfolg ist enorm. Die Tünews sind in die LDK-Integreat-App integriert und dort unter [„Nachrichten“](#) zu finden.

Arbeit und Bildung

Neue Integrationskursverordnung

So geht es mit den Integrationskursen weiter

Über 300.000 Menschen beginnen aktuell jährlich einen Integrationskurs, um Deutsch zu lernen. Im Rahmen der Haushaltsdebatte 2025 wurde befürchtet, dass den Kursen starke Kürzungen bevorstehen könnten. Die [Bundesregierung](#) wird die Integrationskurse auch im Jahr 2025 fortführen und erforderlichenfalls die notwendigen finanziellen Bedarfe auch während einer vorläufigen Haushaltsführung decken. Das Bundeskabinett hat jetzt eine neue [Integrationskursverordnung](#) beschlossen, die das System der Kurse effektiver und effizienter machen soll. Mit Bezug auf die geplanten Streichungen bei Kursen für spezifische Gruppen wie Frauen oder junge Erwachsene, Wiederholungsstunden und Fahrtkostenerstattung schreibt ein Sprecher des Hessischen Sozialministeriums zur neuen Verordnung aus Berlin auf [hr-Anfrage](#): "Diese Maßnahmen erschweren vulnerablen Gruppen den Zugang zu Bildung und Teilhabe und könnten sich negativ auf die Integration und den Arbeitsmarkt auswirken."

Unsicherheit

Wird es das Erfolgsmodell Sprachkitas auch in Zukunft geben?

Selten wurde ein Bildungsprogramm von pädagogischen Fachkräften sowie Bildungsforschenden so einhellig gelobt wie die „Sprach-Kitas“. 2016 ins Leben gerufen, stellte es Kitas unter anderem eine Sprach-Fachkraft zur Verfügung. Die wissenschaftliche Evaluation hat gezeigt, dass das Sprach-Kita-Programm gerade in den Kitas sehr gut funktioniert, in denen Kinder aus sehr vielen Nationen zusammenkommen. Doch ob es sie weiterhin geben wird, ist vielerorts unklar. 2023 beendete der Bund die Förderung des Programms und überließ die Verantwortung den Ländern. Immerhin entschieden sich die meisten Bundesländer für eine Fortsetzung der Programme bis Ende 2024. Das [Land Hessen](#) plant die Verlängerung des Programms „Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“ bis zum 30.06.2025 bzw. 31.12.2025.

DGB-Umfrage

Lohn reicht „gerade so“ zum Leben

Beschäftigte mit Migrationshintergrund arbeiten häufiger unter prekären Bedingungen. Das ist das Hauptergebnis einer [neuen Umfrage](#) des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) unter Beschäftigten mit Migrationshintergrund. Die Ergebnisse: Sie arbeiten häufiger in Helfertätigkeiten und dreimal so oft mit befristeten Verträgen. Viele machen sich deshalb Sorgen: 40 Prozent der migrantischen Beschäftigten geben an, dass ihr Einkommen gar nicht oder „gerade so“ zum Leben reicht.

Bertelsmann-Studie

Jobmarkt braucht jährlich 288.000 Zugewanderte

Der deutsche Arbeitsmarkt ist langfristig jedes Jahr auf Zuwanderer "in substantiellen Umfang" angewiesen - das ist das Fazit einer Analyse im Auftrag der [Bertelsmann Stiftung](#). Der Studie zufolge wird die Zahl der Arbeitskräfte ohne zusätzliche Migrantinnen und Migranten bis 2040 von derzeit 46,4 Millionen auf 41,9 Millionen zurückgehen. Bis 2060 würde die Zahl der Arbeitskräfte ohne zusätzliche Einwanderer sogar um ein Viertel auf nur noch 35 Millionen zurückgehen.

IAB-Studie

Pflegekräfte mit ausländischer Staatsangehörigkeit

Ohne ausländische Beschäftigte würde das Pflegesystem wohl zusammenbrechen, das geht aus einer [aktuellen Studie](#) des Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hervor. Der Zuwachs des Fachpersonals durch ausländische Kräfte steigt dabei deutlich an. Die Zahl deutscher Pflegekräfte sinkt hingegen. In der Pflege arbeiten mittlerweile vermehrt Personen aus Ländern außerhalb der EU. Viele Pflegebeschäftigte kommen dabei aus Ländern, in denen aktiv Pflegekräfte angeworben werden, sowie aus europäischen Nicht-EU-Ländern.

Fachkräfteeinwanderung per Chancenkarte

Ohne Arbeitsvertrag mit Visum nach Deutschland

Voraussetzung für den Erhalt der [Chancenkarte](#) ist eine im Herkunftsland staatlich anerkannte, mindestens zweijährige Berufsausbildung oder ein entsprechender Hochschulabschluss sowie Sprachkenntnisse in Deutsch oder Englisch. Je nach Sprachniveau, Berufserfahrung, Alter und Deutschlandbezug bekommen Interessierte Punkte, die sie zum Erhalt der Chancenkarte berechtigen. Auch für Qualifikationen in Engpassberufen gibt es Punkte. Wer genügend Punkte hat, kann nach Deutschland kommen und hat dann ein Jahr lang Zeit, sich einen festen Job zu suchen. Unter bestimmten Voraussetzungen ist eine einmalige Verlängerung um zwei Jahre möglich. Besonders stark nachgefragt wird die Chancenkarte in Indien, China, Pakistan und der Türkei.

Beschäftigung **Immer mehr Flüchtlinge in Arbeit**

Seit Jahren steigt die Zahl der Beschäftigten aus Asylherkunftsländern in Deutschland. Derzeit gehen 703.800 Personen aus Asylherkunftsländern einer Beschäftigung nach, davon 599.300 in sozialversicherungspflichtigen Stellen. In den letzten zehn Jahren hat ihre Zahl stark zugenommen: 2014 waren rund 70.000 Personen aus Asylherkunftsländern sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Weitere Zahlen finden Sie beim [Mediendienst Integration](#).

Studie: Chancen besser nutzen **Erfolge bei der Erwerbstätigkeit von Ukraine-Flüchtlingen**

Eine bessere Arbeitsintegration von Schutzsuchenden aus der Ukraine ist möglich und machbar. Das ist die Quintessenz der [neuen Studie](#) von Prof. Dr. Dietrich Thränhardt im Auftrag der Bertelsmann Stiftung. Der Autor analysiert, wo es im Vergleich zu den Nachbarländern Hürden bei der Arbeitsintegration der Schutzsuchenden aus der Ukraine gibt. Die Studie stellt rechtliche Umsetzungsblockaden dar, die sich von Beruf zu Beruf unterscheiden, und geht auch auf die geänderte Strategie von Bundesregierung und Bundesagentur für Arbeit ein.

IAB-Studie zu Fachkräfteinwanderung **Hohe Hürden und Diskriminierung bleiben**

Mit dem 2020 in Kraft getretenen Fachkräfteeinwanderungsgesetz (FEG) wurden die Einwanderungswege nach Deutschland für Fachkräfte aus Nicht-EU-Staaten neu geregelt. Ziel war es, den Fachkräftemangel durch gezielte Zuwanderung zu lindern. Eine [aktuelle Studie](#) des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) zeigt nun erste Effekte: Der Anteil an Frauen und jüngeren Menschen unter den Erwerbsmigranten ist gestiegen. Doch trotz Fortschritten bleiben viele Hürden bestehen – und Diskriminierungserfahrungen sind weit verbreitet.

Indeed-Analyse **Mangelnde Flexibilität in Deutschland**

Über viele Jahre haben Politiker Deutsch als Schlüssel für die Integration in den Arbeitsmarkt gepriesen. Eine aktuelle [Analyse der Jobplattform Indeed](#) offenbart nun, dass sich diese Vorstellung nachhaltig verfestigt hat: Deutsche Unternehmen verlangen im europäischen Vergleich häufiger Sprachkenntnisse, selbst in Berufen, in denen die Landessprache nicht unbedingt notwendig wäre. Trotz des Fachkräftemangels bleibt die deutsche Wirtschaft damit hinter der Flexibilität anderer europäischer Staaten zurück, was zunehmend als Wettbewerbsnachteil gewertet wird.

Autoritarismus-Studie

Zustimmung zur Demokratie in Deutschland sinkt

Die Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland hat abgenommen. Demnach findet die Demokratie, wie sie in Deutschland gestaltet wird, nur noch bei 42 Prozent der Befragten Anklang. Die neue [Autoritarismus-Studie der Universität Leipzig](#) bestätigt diese Entwicklung. Ein Ergebnis: Rechtsextreme Einstellungen sind weiterverbreitet als noch vor zwei Jahren. Nach jahrelangem Rückgang stieg der Anteil von Menschen mit geschlossen rechtsextremem Weltbild erstmals wieder an (von 3 auf 4,5 Prozent). Jeder fünfte Befragte stimmt ausländerfeindlichen Positionen zu.

Antidiskriminierungsstelle

Was tun gegen Diskriminierung an Schulen

Schülerinnen und Schüler haben ein Recht auf diskriminierungsfreie Bildung. Und doch ist Diskriminierung auch an Schulen Realität. Sie betrifft beispielsweise Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen oder chronischen Erkrankungen, queere Schülerinnen und Schüler, Schülerinnen und Schüler mit Rassismuserfahrungen, jüdische oder muslimische Schülerinnen und Schüler. Ebenso kann Benachteiligung anhand ihres Geschlechts oder ihres sozioökonomischen Status erfolgen. Im Auftrag der Antidiskriminierungsstelle des Bundes haben adis e. V. und das Antidiskriminierungsbüro Sachsen in einem bundesweiten Auswahlverfahren [31 Beispiele guter Praxis gegen Diskriminierung](#) in allgemein- und berufsbildenden Schulen zusammengestellt. Die Beispiele sollen anregen und ermutigen, sich ebenfalls mit dem Thema zu beschäftigen.

Radikalisierung

Kein Zusammenhang zwischen Migrationsgeschichte und Extremismus

Es gibt keinen Beleg dafür, dass Personen mit einer Einwanderungsgeschichte stärker zur Radikalisierung neigen – etwa durch den Einfluss des radikalen Islamismus. Zu diesem Schluss kommt eine Analyse des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Es sind vor allem Diskriminierungserfahrungen und instabile familiäre Verhältnisse, die die Gefahr einer Radikalisierung erhöhen – unabhängig von Herkunft und kulturellem Milieu. [Hier](#) können Sie die BAMF-Kurzanalyse herunterladen.

Sudan

Die größte Flüchtlingskrise der Welt

Im Sudan ereignet sich derzeit die größte Flüchtlingskrise der Welt. 11 Millionen Menschen sind auf der Flucht, die Gesundheitsversorgung ist im Zusammenbruch begriffen. Zahlen und Einordnungen zu sudanesischen Geflüchteten auf dem Kontinent, in der EU und in Deutschland finden Sie beim [Mediendienst](#). Die meisten Bürgerkriegsflüchtlinge befinden sich aktuell weiterhin innerhalb der sudanesischen Landesgrenzen: 8,3 Millionen Menschen gelten als Binnenflüchtlinge. Weitere 3 Millionen Menschen sind in die benachbarten Länder geflohen.

OECD-Bericht

Migration in Industrieländer erreicht Höchststand

Die Zuwanderung in die Industrieländer hat 2023 das zweite Jahr in Folge einen Rekord erreicht. Das geht aus dem internationalen [Migrationsausblick 2024](#) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hervor. Demnach ließen sich im vergangenen Jahr 6,5 Millionen Einwanderinnen und Einwanderer dauerhaft in einem der 38 OECD-Mitgliedsländer nieder. Der Hauptgrund für den Anstieg ist dem Bericht zufolge der Nachzug von Familienangehörigen, der um 16 Prozent zugenommen habe.

Faktencheck

Afrikanische Migration nach Europa

Europaweit hat sich die Rhetorik zum Thema Migration verschärft und nicht selten fehlt den Diskussionen über Migration die nötige Nüchternheit, Faktengenauigkeit und Differenziertheit. Das Martens Center in Brüssel, einer politischen Stiftung, die der konservativen Europäischen Volkspartei (EVP) nahesteht, hat nun einen Faktencheck zur afrikanischen Migration vorgelegt: Im Ergebnis gibt es fünf häufige Annahmen über die Migration aus Afrika, die aufgrund der Daten entweder falsch sind oder differenzierter betrachtet werden müssen. Näheres erfahren Sie [hier](#).

Libanon

Die meisten Flüchtlinge bleiben in der Region

Im Libanon haben seit Beginn der israelischen Offensive gegen die Hisbollah-Miliz im September über eine Million Menschen ihre Wohnorte verlassen. Die meisten von ihnen sind als Binnenvertriebene im Land geblieben, rund 440.000 sind nach Syrien und 28.000 in den Irak geflüchtet. Schon zuvor befand sich der Libanon in einer schweren Krise und hatte weltweit den höchsten Anteil an Flüchtlingen pro Einwohner. Mehr Informationen gibt es [hier](#).

14

Warnung des UNHCR

Klimawandel schlägt immer mehr Menschen in die Flucht

Das [UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR](#) warnt vor immer mehr Fluchtbewegungen aus Regionen, die besonders vom Klimawandel betroffen sind. Wenn nicht dringend dort mehr in Anpassung an den Klimawandel investiert werde, könnten die Menschen dort kaum bleiben. Das UNHCR stellte den Bericht „Kein Entkommen: an der Frontlinie von Klimawandel, Konflikt und Vertreibung“ bei der Weltklimakonferenz in Baku in Aserbaidschan vor.

Kultur

Buch: Trialog

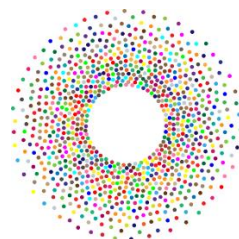
Wie wir über Israel und Palästina sprechen

Ein deutscher Jude mit israelischen Wurzeln und eine Deutsch-Palästinenserin können miteinander reden. Gemeinsam reisen Jouanna Hassoun und Shai Hoffmann seit 2023 für ihr [Projekt »Trialog«](#) von Schule zu Schule, um über den Krieg, die gegenwärtige Eskalation in Israel und Palästina sowie die Auswirkungen für das muslimische und das jüdische Leben in Deutschland zu sprechen. Sie schaffen in ihren Gesprächsrunden einen Raum, der auch Fragen und Ansichten zulässt, die viele sich nicht trauen zu stellen oder zu äußern. Damit beweisen sie, dass das Miteinanderreden möglich ist.

Buch: Sanfte Radikalität

Zwischen Hoffnung und Wandel

Seit über zehn Jahren engagiert sich Jagoda Marinić für den Aufbau einer diverseren Gesellschaft. In Heidelberg hat sie das Interkulturelle Zentrum Heidelberg mit aufgebaut und das International Welcome Center mit konzipiert. Vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen macht sie nun in ihrem Buch „[Sanfte Radikalität](#)“ Vorschläge, wie wir aus der Radikalität der lauten Töne herauskommen. Wie geht Wandel vor Ort? Was bietet unsere Zeit an Möglichkeiten jenseits von Positionierungen in den „sozialen“ Netzwerken, wie werden wir Menschen wieder zu handelnden Subjekten, statt uns in den Empörungsspiralen der sozialen Medien zu verlieren?



Buch: Einwanderung mit Zukunft

Migrationspolitik darf nicht von Sicherheitsthemen beherrscht sein

Wer sind »Wir« in Deutschland und wer gehört dazu? Auf der Grundlage der deutschen und internationalen Migrations- und Integrationsforschung prüft der Soziologe und Vorsitzender des Expertenforums beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) Friedrich Heckmann, ob sich ethnische Minderheitenbildung infolge von Einwanderung verfestigt oder ein Übergangsphänomen im Integrationsprozess ist. Seine Untersuchung macht deutlich, dass es im Zeit- und Generationenverlauf zu einem (wechselseitigen) Annäherungsprozess zwischen Einheimischen und eingewanderten Bevölkerungsteilen und deren Nachkommen in fast allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens kommt. Deutschland erweist sich als integrative Gesellschaft, die in einem Prozess [»Neuer Nationsbildung«](#) Gegenwart und Zukunft der Einwanderung gestaltet.

Buch: Aus afghanischer Sicht

Versteh einer die Deutschen...

Der afghanische Schriftsteller Taqi Akhlaqi kam für vier Monate als Stipendiat ins Böll-Haus bei Düren, um an einem neuen Roman zu arbeiten – und erlebte viele Kulturschocks. Davon erzählt er höchst lesenswert in seinem Buch [„Versteh einer die Deutschen“](#). Viel lernt man über Afghanistan und noch mehr über den Blick von außen auf den deutschen Alltag samt seinen mitunter befremdlichen Marotten, was das Buch zu einer durchaus so vergnüglichen wie erhellenden Lektüre macht. „Diesen Blick von außen bräuchte es öfter in Deutschland, schon deshalb, weil er hilft, die Vorzüge einer freien Demokratie zu schätzen und alles andere nicht immer so bierernst zu nehmen“. (Verlag)

Museum: Selma in Köln soll 2029 eröffnen

Deutschlands größtes Migrationsmuseum

In Köln-Kalk soll eines der größten Migrations-Museen Europas entstehen. Das Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland (Domid) mit Sitz in Köln-Ehrenfeld hat es sich zur Aufgabe gemacht, diese Geschichte zu erzählen und erfahrbar zu machen. Dazu sammelt der Verein schon seit Jahren Exponate rund um das Thema Migration und archiviert sie in seinen Räumlichkeiten im Ehrenfelder Bezirksrathaus – so etwa Fotos, Briefe und Alltagsgegenstände wie Plattenspieler oder Kameras. 150.000 solcher Zeitzeugnisse lagern in den Archiven des Vereins. Auch ein Ford Transit aus den 70er-Jahren gehört zur Sammlung. Die Vision hinter dem Museum: Der Verein will eine "multiperspektivische Erinnerungskultur" schaffen, welche die deutsche Geschichte aus allen dazugehörigen Perspektiven erzählt. Und dazu gehört auch die Perspektive der Migranten. Das [Museum Selma](#) soll 2029 eröffnen.

Film: Martin liest den Koran

Erlaubt der Koran das Töten von Menschen?

Ein sympathischer Familienvater mit iranischen Wurzeln (Zejhun Demirov) und ein Professor für Islamwissenschaft (Ulrich Tukur). Der eine bittet den anderen zu einem [Gespräch über Glauben und Unglauben](#), Gut und Böse und über die Frage, ob die Gebote des Korans mit Gewalt vereinbar sind. Was scheinbar harmlos beginnt, entwickelt sich zu einem mentalen Kräfteessen, als dem Professor klar wird, dass sein Besucher einen Anschlag plant – und die Bombe bereits scharf macht. Für ihr Drehbuch, das Fragen zu Möglichkeiten von Versöhnung im größten Hass und zu Ursachen einer Radikalisierung stellt, wurden Michail Lurje und Jurij Saule 2022 mit der Lola für das bis dato beste unverfilmte Drehbuch ausgezeichnet.

Persönlichkeiten

Cem Özdemir

„Anatolischer Schwabe“ will Ministerpräsident werden

[Özdemir](#) kam 1965 als Sohn türkischer Einwanderer im schwäbischen Urach zur Welt. Seine Eltern waren Anfang der 60er-Jahre als sogenannte Gastarbeiter nach Deutschland gekommen. 1994 zog Özdemir als erstes Kind türkischer Gastarbeiter in den Bundestag ein, 2021 wurde er Bundesminister. Zuletzt kündigte er an, Anfang 2026 bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg als Spitzenkandidat für die Grünen antreten zu wollen. Der Bundeslandwirtschafts- und -bildungsminister Cem Özdemir sieht sich nach eigenen Angaben seit Jahren massiven Bedrohungen durch türkische Nationalisten ausgesetzt. Auslöser für die Bedrohungen sei sein Einsatz für die [Armenien-Resolution](#) des Bundestages aus dem Jahr 2016.

Günther Wallraff

Was Journalismus leisten kann

Der heute 82-jährige Journalist [Günther Wallraff](#) wurde soeben in Berlin mit dem Otto-Brenner-Journalistenpreis für sein Lebenswerk ausgezeichnet. Geehrt wurde eine „abnorme Persönlichkeit, für Krieg und Frieden untauglich“. Mit diesem Urteil hat einst die Bundeswehr den Kriegsdienstverweigerer Wallraff entlassen. Weil er seine Wehrdienst-Erlebnisse hatte veröffentlichen wollen, war er zuvor in die geschlossene Abteilung des Bundeswehrkrankenhauses Koblenz gesteckt worden, um ihn unglaubwürdig zu machen. Unvergessen seine journalistische Rolle als [der türkische Leiharbeiter Ali](#). Oder als Bildreporter Hans Esser. Oder als Paketauslieferer bei GLS, der 14 Stunden am Tag Pakete zu den Kunden schlepte. Zu ehren war ein Mann, der mit seinen Undercover-Geschichten Geschichte geschrieben hat. Er war und ist ein Vorbild für viele junge Kolleginnen und Kollegen, die wegen ihm in den Journalismus gegangen sind.

17

Lorenzo Annese

„VW ist für mich wie eine Familie“

[Lorenzo Annese](#), geboren 1937 in Apulien, entflieht 1958 als „Gastarbeiter“ der Armut dort und findet in Wolfsburg und bei VW eine neue Heimat. 1965 wird er der erste ausländische Betriebsrat in der Bundesrepublik. Anfang Oktober ehrte Frank-Walter Steinmeier sein Engagement mit dem Bundesverdienstkreuz. Weil Arbeitskräfte im Land fehlten, schloss die Bundesrepublik am 20. Dezember 1955 mit Italien das erste Anwerbeabkommen ab. Eines der Zentren der italienischen Einwanderung wurde Wolfsburg mit dem VW-Werk. Die Italiener kamen aber erst nach dem Bau der Mauer. Bis dahin konnte der Bedarf an Arbeitskräften durch geflohene DDR-Bürger gedeckt werden. Ende 1961 gab Volkswagen bekannt, dass man „gezwungen sei, ausländische Arbeitskräfte anzuwerben“. Am 17. Januar 1962 trafen die ersten „Gastarbeiter“ aus Italien in Wolfsburg ein. Mit Lorenzo Annese hatten sie einen Ansprechpartner, er baute Brücken bei Sprachbarrieren, half bei der Bürokratie und organisierte Weihnachtsfeiern, die es bis heute gibt.



Kontakt Newsletter: Norbert Wenzel, Vielfaltszentrum – WIR im Lahn-Dill-Kreis

wir@lahn-dill-kreis.de, Tel. 064414071487

P.S. Sie haben diesen Newsletter mehrfach erhalten? Leider lässt sich das aus organisatorischen Gründen nicht immer vermeiden und wir hoffen auf Ihr Verständnis. Sie möchten keinen Newsletter mehr von uns erhalten? Das wäre sehr schade! In diesem Fall genügt eine kurze Mail an uns, damit wir Sie aus dem Verteiler löschen.

Fotos: LDK, privat, [Pixabay](#) und [Pexels](#)

Zur Gleichbehandlung der Geschlechter bemühen wir uns um eine genderneutrale Schreibweise.

Impressum

Kreisausschuss des Lahn-Dill-Kreises
Karl-Kellner-Ring 51
35576 Wetzlar

E-Mail: info@lahn-dill-kreis.de
Tel.: 06441 407-0
Fax: 06441 407-1050

Der Lahn-Dill-Kreis ist eine Körperschaft des Öffentlichen Rechts und wird vertreten durch den Kreisausschuss, dieser durch den Landrat Carsten Braun, Anschrift wie oben.

Umsatzsteuer-Identifikationsnummer
gem. § 27 a Umsatzsteuergesetz: DE 112641364